

Liebe Leserinnen und Leser,

am vergangenen Mittwoch war EZB-Präsident Mario Draghi im Europaausschuss des Deutschen Bundestages zu Gast. Dort hat er uns die Gründe für die Maßnahmen der EZB erläutert und betont, dass man bei anziehender Wirtschaftsleistung in der gesamten Eurozone zu steigenden Zinsen zurückkehren könne.

Für mich ist klar: Die EZB handelt als unabhängiges Organ. Sie muss dabei das Wohl der gesamten Eurozone im Blick haben. Mit der aktuellen Niedrigzinspolitik spielt Sie jedoch auch mit dem Vertrauen der Sparer. Deshalb hat die Union im Gespräch deutlich gemacht, dass wir zügig zu einer Normalzinsphase zurückkehren sollten. Denn die Zinsentscheidungen der EZB verursachen in Deutschland große Probleme für Sparer, Versicherungen und die Altersvorsorge.

Zudem durfte ich am heutigen Freitag meine 48. Rede im Plenum des Deutschen Bundestages zur Änderung des Vereinsgesetzes halten. Mit dem Verbot eines Vereins wird auch das Tragen des Abzeichens strafbar. Wenn der verbotene Verein allerdings als Ortsgruppe Teil einer größeren Dachorganisation ist, gilt das Verbot nicht für die gesamte Dachorganisation. Das Tragen des gemeinsamen Logos des Dachverbandes ist aktuell auch dann nicht strafbar, wenn mehrere seiner Ortsverbände bereits verboten sind. Diese Lücke wird nun geschlossen. In Zukunft wird es hierzu konkrete Kriterien geben. Damit stärken wir unsere Polizei z.B. im Kampf gegen Rockergruppen. Die komplette Rede als Video und im Wortlaut finden Sie auf www.lindholz.de.



Andrea Lindholz MdB



Interview zur Deutschen Einheit
Keine einfachen Antworten
in komplexen Zeiten > S. 2



**Reform der Erbschaft- und
Schenkungssteuer**
Rechtssicherheit und Schutz von
Arbeitsplätzen > S. 4



Flexi-Rente
Längeres Arbeiten lohnt
sich > S. 6

Weitere Themen

CSU-Landesgruppe im Gespräch
**Ifo-Präsident Fuest über
Brexit-Folgen, Eurozone und
Steuerpolitik** > S. 7

Kommentar zur Auswärtigen Kultur- und
Bildungspolitik
**Antworten auf die dortigen
Herausforderungen geben** > S. 9

Tierwohl und Antibiotikaresistenzen
**Gesundheit von Mensch
und Tier im Blick** > S. 10

Verschiedenes
Termine der Woche > S. 11

Interview zur Deutschen Einheit

Keine einfachen Antworten in komplexen Zeiten



Foto: picture alliance/Frederic Scheidemann

Deutschland feiert. Am 3. Oktober jährt sich die Deutsche Einheit zum 26. Mal. Max Straubinger, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, wirft im Interview einen Blick auf Ost und West. Er macht deutlich: „Wir müssen alles dafür tun, damit es den Menschen gut geht – und das machen wir.“

26 Jahre Deutsche Einheit: Was ist Ihr Fazit?

Wir haben den Aufbau Ost erfolgreich gestaltet. Die ostdeutsche Wirtschaft hat aufgeholt, die Arbeitslosenzahlen sinken, die Einkommen steigen. „Ost und West“ – diese Trennung verschwindet auch aus den Köpfen. Gerade junge Leute machen da keinen großen Unterschied mehr. Jedenfalls geht es den Menschen in Ost und West, Nord und Süd besser als vor 26 Jahren. Man muss es wirklich so deutlich sagen: Deutschland geht es gut! Aber wir stehen auch vor großen Herausforderungen – nicht zuletzt wegen der Flüchtlingssituation und den gesellschaftlichen Veränderungen.



Foto: Henning Schacht

Doch trotz der guten Situation zog in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern die AfD mit Rekordergebnissen in die Landtage. In Sachsen demonstrieren jede Woche Tausende bei Pegida. Woran liegt das und wie kann die Politik die Sorgen der Menschen nehmen?

Ja, das scheint paradox zu sein. Obwohl Ostdeutschland einen geringen Ausländeranteil hat, sind die Sorgen der Menschen umso größer. Die Menschen fürchten, dass die Flüchtlinge – neben der Digitalisierung und der Globalisierung – Deutschland überfordern. Die langfristigen Folgen sind einfach sehr wenig greifbar. Die Menschen haben Angst, dass ihnen etwas weggenommen wird und diese Angst müssen wir ihnen nehmen. Wir müssen deshalb alles dafür tun, dass es den Menschen gut geht – und das machen wir. Wir haben die richtigen Antworten auf die aktuellen Herausforderungen.

[> weiterlesen](#)

Das sind aber keine einfachen Antworten, die man in simple Parolen verpacken kann, wie man sie von links und rechts außen hört. In komplexen Zeiten sind nachhaltige Lösungen gefragt. Erst kürzlich haben wir einen Haushalt eingebracht, der mehr Geld für Sozialleistungen und für die Sicherheit unserer Bürger bereithält, aber dennoch ohne neue Schulden auskommt.

Wo steht Deutschland in 26 Jahren?

Deutschland hat sich in den letzten 26 Jahren verändert – und zwar positiv. Und Deutschland wird sich weiter verändern. Das ist so und das ist auch gut so. Ich denke hier an die Zuwanderung, aber vielmehr noch an den demographischen Wandel und die schon angesprochene Digitalisierung und Globalisierung. Damit gehen enorme Herausforderungen einher – aber eben auch enorme Chancen. Die müssen wir nutzen. Wir müssen die gesellschaftlichen Veränderungen so begleiten und gestalten, dass der Kern, dass das, was unser Land ausmacht, erhalten bleibt und gestärkt wird. Die CSU setzt dabei wie keine andere Partei auf eine solide Finanzpolitik – zum Wohle unserer Kinder und Enkel. Dabei müssen wir gleichzeitig aber auch investieren – zum Beispiel in Bildung, in Forschung, in die Infrastruktur. Nur das zahlt sich langfristig aus. So, dass es uns 2042 mindestens genauso gut geht, wie heute.

Reform der Erbschaft- und Schenkungssteuer

Rechtssicherheit und Schutz von Arbeitsplätzen



Foto: picture alliance/Frank May

Einen guten Kompromiss nannte die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt die Einigung zur Reform der Schenkungs- und Erbschaftsteuer im Vermittlungsausschuss. Nach dem Bundestag muss am 14. Oktober der Bundesrat noch zustimmen, damit der Weg frei ist für die Neuregelung.

„Damit sorgen wir für Rechtssicherheit“, stellte Hasselfeldt klar. „Die für unsere Wirtschaftsstruktur so wichtigen Familienunternehmen können auch in Zukunft auf die nächste Generation übertragen werden und dabei von verschiedenen Verschonungsregeln profitieren. Das sichert hunderttausende Arbeitsplätze.“

„Damit sorgen wir für Rechtssicherheit und sichern hunderttausende Arbeitsplätze“

Gerda Hasselfeldt
CSU-Landesgruppenvorsitzende

Für die CSU-Landesgruppe war entscheidend, dass es zu keinen Steuererhöhungen kommt. Das konnte sie gegen die erklärte Absicht von SPD-regierten Ländern und Grünen durchsetzen. Auch bleibt die Bagatellgrenze von fünf Mitarbeitern erhalten. Damit werden kleine Betriebe von übermäßiger Bürokratie entlastet. „Auch das ist für die CSU von sehr großer Bedeutung“, so die Landesgruppenvorsitzende.

Anbei die wichtigsten Neuregelungen im Überblick:

Entlastung kleiner Unternehmen von Bürokratie

Die sogenannte Bagatellgrenze, bis zu der Betriebe gänzlich von der Lohnsummenprüfung ausgenommen werden, liegt bei fünf Beschäftigten. Dies bedeutet eine deutliche Entlastung kleiner Unternehmen von bürokratischen Pflichten. Saisonarbeiter werden bei der Ermittlung der Beschäftigtenzahl nicht mit einbezogen.

[> weiterlesen](#)

Keine Generalrevision

Firmenerben bleiben auch künftig von der Steuer verschont beziehungsweise befreit, wenn sie Betrieb und Arbeitsplätze erhalten. Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Verschonungsbedarfsprüfung wird ab einem Betriebsvermögen von 26 Millionen Euro angewandt. Alternativ kann sich der Erwerber für ein sogenanntes Verschonungsabschlagsmodell entscheiden. Hier erfolgt eine Teilverschonung, die mit zunehmendem Vermögen schrittweise verringert wird.

Begünstigung von Investitionen

Diejenigen Finanzmittel und andere Vermögensgegenstände aus einem Erbe, die innerhalb von zwei Jahren nach dem Tod des Erblassers in das Unternehmen investiert werden, werden ebenfalls steuerrechtlich begünstigt. Damit ist sichergestellt, dass von langer Hand geplante Investitionen nicht durch einen Erbfall behindert werden. Betriebe mit saisonal schwankenden Finanzmitteln können ihre Beschäftigten auch nach einem Todesfall weiter aus den dafür vorgehaltenen Mitteln entlohnen.

Erweiterte Stundungsregelung

Für den Todesfall wird ein Rechtsanspruch auf eine bis zu siebenjährige Stundung der Erbschaftsteuerschuld geschaffen. Die Stundung ist im ersten Jahr zins- und tilgungsfrei. Danach wird jährlich in gleichen verzinslichen Beträgen getilgt. Damit soll sichergestellt werden, dass auch diejenigen Unternehmen nicht durch die Erbschaftsteuerschuld in ihrer Existenz bedroht werden, denen in der Verschonungsbedarfsprüfung kein Erlass oder im Verschonungsabschlagsmodell nur ein geringer Abschlag gewährt worden ist.

Realitätsgerechte Unternehmensbewertung

Beim im Bewertungsgesetz geregelten vereinfachten Ertragswertverfahren wird der für die Bestimmung des Unternehmenswerts maßgebliche Kapitalisierungsfaktor angepasst und von derzeit 17,86 auf 13,75 abgesenkt. Damit wird die durch das Niedrigzinsumfeld entstandene Verzerrung bei der Unternehmensbewertung behoben.

Flexi-Rente

Längeres Arbeiten lohnt sich



Foto: picture alliance/sven simon

Viele Rentner wollen länger arbeiten, das zeigen aktuelle Studien. Der Grund dafür sei nicht in erster Linie ein finanzieller, machte Stephan Stracke, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, im Plenum deutlich. Vielmehr sei der Schaukelstuhl nicht die einzige Alternative. Damit sich das Arbeiten aber im Alter auch lohnt, so Stracke weiter, müssten Anreize geschaffen werden – dies tue man nun mit der Flexi-Rente, die am Donnerstag in erster Lesung im Bundestag debattiert wurde. Wir haben die wichtigsten Fragen und Antworten des Gesetzentwurfs zusammengestellt.

Lohnt sich längeres Arbeiten?

Ja, wer länger arbeitet, bekommt mehr raus. Mit der neuen Flexi-Rente ist es ab sofort leichter möglich, auch im Alter noch hinzuverdienen. Die Anrechnung der Erwerbstätigkeit auf die Rente soll wesentlich abgemildert und der Übergang in den Ruhestand wird flexibel und individuell gestaltbar werden. Die Gefahr von Altersarmut wird so gesenkt.

Was bedeutet die Flexi-Rente konkret?

Wer regulär in Rente geht und dennoch weiter arbeiten möchte, soll profitieren: Zahlt man selbst freiwillig weiter in die Rentenkasse ein, erhöht sich die eigene Rente im Folgejahr. Auch der Rentenbeitrag, den der Arbeitgeber ohnehin zahlt, wird dann zukünftig mit einberechnet. Zudem entfallen für Arbeitgeber die Arbeitslosenbeiträge – ein sinnvoller Schritt, denn ein Rentner kann nicht mehr arbeitslos werden. Zudem geht es nicht darum, den Arbeitsmarkt vor älteren Arbeitnehmern zu schützen, unterstrich Stephan Stracke im Bundestag. Im Gegenteil, Unternehmen profitierten von älteren Menschen, sie werden gebraucht.

Was ist mit denjenigen, die das Rentenalter noch nicht erreicht haben?

Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zwischen dem 63. und 67. Lebensjahr werden in Zukunft die Möglichkeit haben, Teilzeitarbeit und Teilrentenbezug leichter zu kombinieren. Die Menschen werden immer älter und gesünder. Viele wollen daher gerne weiter am Berufsleben teilnehmen.

CSU-Landesgruppe im Gespräch

Ifo-Präsident Fuest über Brexit-Folgen, Eurozone und Steuerpolitik



Foto: CSU-Landesgruppe

Im Euro-Raum sei die wirtschaftliche Erholung zögerlich und erste Folgen des Brexit-Votums zeichneten sich ab, so Ifo-Präsident Clemens Fuest, der jüngst mit den Abgeordneten der CSU-Landesgruppe diskutierte. Zudem sei die Schuldenkrise in der Eurozone nach wie vor ungelöst. Er schlug deshalb ein Konzept vor, das die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten stärke. Ebenfalls Thema: Steuerentlastungen.

Seit längerer Zeit gibt es in Deutschland eine stabile Wirtschaftslage mit moderatem Wachstum. Die Arbeitslosenzahlen sind so niedrig wie seit Jahren nicht mehr, die Einkommen steigen, der Export ist hoch – Deutschlands Wirtschaft geht es gut. Im August allerdings trübte sich die Stimmung in den deutschen Unternehmen ein. Das Ifo-Geschäftsklima fiel im Vergleich zum Vormonat um 2,1 Punkte auf 106,2 Punkte. Die Ursache liege seiner Einschätzung nach vor allem am bevorstehenden Brexit, machte Clemens Fuest in der Sitzung mit der CSU-Landesgruppe deutlich.

Handel zwischen EU und Großbritannien nützt beiden Seiten

„Wenn die Bevölkerung eines Mitgliedstaates aus der EU will, werden wirtschaftliche Kriterien kein Hindernis sein“

Clemens Fuest
Präsident des Ifo-Instituts

Nun müsse im Vordergrund stehen, negative Folgen eines Brexit zu minimieren, unterstrich der Ifo-Präsident. Es könne nicht das Ziel sein, Großbritannien abzustrafen und so eine mögliche Abschreckung für andere Mitgliedstaaten zu erreichen. „Wenn die Bevölkerung eines Mitgliedstaates aus der EU will, werden wirtschaftliche Kriterien kein Hindernis sein“, sagte Fuest mit Blick auf das britische Referendum. Man müsse nun genau die nächsten Schritte überlegen und verantwortungsbewusst handeln. Ein Austritt Großbritanniens führe dazu, dass das Land bei Entscheidungen der EU kein

Mitspracherecht mehr hätte. Die Briten sollten aber auch weiterhin einen möglichst weitgehenden Zugang

[> weiterlesen](#)

zum europäischen Binnenmarkt und eine eingeschränkte Zuwanderungsfreiheit erhalten, so Fuest. Denn der Handel zwischen der EU und Großbritannien nütze beiden Seiten.

Sein Reformvorschlag für die Eurozone: sogenannte Accountability Bonds

Fuest diskutierte mit der CSU-Landesgruppe auch über die Eurozone. Dort sei die Situation in vielen Ländern nach wie vor problematisch. Zudem wachse das Ausmaß der Solidarhaftung immer weiter an. Deutschland benötige ein Konzept, so der Ifo-Präsident, das es dem Bestreben der anderen Mitgliedstaaten zur Vergemeinschaftung von Risiken entgegensetzen könne. Sein Reformvorschlag: sogenannte Accountability Bonds. Dies seien nachrangige Staatsanleihen, die unter bestimmten Bedingungen für Anleihen oberhalb eines strukturellen Defizits von 0,5 Prozent ausgegeben werden müssten. Aufgrund des höheren Ausfallrisikos seien diese teuer, so Fuest. Das sei ein Anreiz, sich gar nicht erst so hoch zu verschulden, dass diese ausgegeben werden müssten. Zudem dürften sie nicht von der EZB aufgekauft werden. Für ein kleines Segment der Staatsanleihen werde so die Haftung der privaten Gläubiger eingeführt. Die Accountability Bonds führten dazu, dass Fehlanreize abgebaut, Schulden nicht vergemeinschaftet werden und die Staaten Eigenverantwortung zu übernehmen hätten. Die Abgeordneten der CSU-Landesgruppe diskutierten offen über Vor- und Nachteile dieses Vorschlags. Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, machte deutlich, dass man die Diskussion über das Konzept von Fuest sowie die Stabilität des Euroraumes im Allgemeinen weiterführe.

Steuersenkungen in der Diskussion

Einen Diskussions-Vorschlag machte der Ifo-Präsident den Abgeordneten auch hinsichtlich der Steuerpolitik. Wenn die Relation zwischen Staatseinnahmen und Bruttoinlandsprodukt gehalten werden solle, erklärte Fuest, müsse es in den nächsten Jahren eine Steuersenkung von rund 23 Milliarden Euro jährlich geben. Denkbar sei unter anderem, den sogenannten Mittelstandsbauch abzuflachen und die Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz anzuheben. Dies würde überwiegend Bürger mit geringen beziehungsweise mittleren Einkommen entlasten. Alternativ würde beispielsweise eine vollständige Beseitigung des Mittelstandsbauchs rund 30 Milliarden Euro Entlastung bedeuten. Fuest verwies darauf, dass die konkrete Ausgestaltung jedoch Aufgabe der Politik sei. Die CSU-Landesgruppe hatte bereits auf ihrer Arbeitstagung in Hohenkammer im Juli die Frage erörtert, wie man den Steuerzahler wieder entlasten und damit die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum verbessern könne.

Kommentar zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

Antworten auf die dortigen Herausforderungen geben



Foto: picture alliance/ZB

In seinem Kommentar macht Bernd Fabritius (CSU) deutlich, dass die deutsche Auswärtige Kulturpolitik wieder verstärkt in unserer Nachbarschaft aktiv werden muss. Der Bericht der Bundesregierung hierzu war Gegenstand der Bundestagsdebatte am Donnerstag.

Die deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik befindet sich in einem Wandel. Sie muss sich wieder verstärkt der näheren Nachbarschaft zuwenden und Antworten auf die dortigen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen geben. Beispiele hierfür sind die Erosionsgefahren für ein geeintes Europa oder die sogenannte „hybride“ Konfliktführung Russlands.

Es ist erschreckend, mit welchen Mitteln und wie effektiv Zivilgesellschaften in unserer nächsten Nachbarschaft einerseits beeinflusst und andererseits in ihrer Freiheit beschnitten werden. Hier können wir zum Beispiel mithilfe der Deutschen Welle gegensteuern: Diese hat neue Nachrichtensendungen in russischer und ukrainischer Sprache gestartet und hilft beratend bei einer Reform des ukrainischen Fernsehens. Ihr Auftrag ist zudem die Vermittlung eines realistischen und aktuellen Deutschlandbildes. Dazu gehören die Aufklärung über die Rechts- und Faktenlage von Einwanderung und Asyl in Deutschland, die Gefahren illegaler Migration und die Korrektur der von Schleppern und anderen Kriminellen gezeichneten Scheinwirklichkeit.

Unser gemeinsames europäisches kulturelles Erbe sowie eine Politik, die die einende Wirkung dieses Erbes betont und gleichzeitig neue gemeinsame Projekte im Kultur- und Bildungsbereich fördert, stärken den Zusammenhalt und den gemeinsamen Wertebezug in Europa. Mit der Union für den Mittelmeerraum, dem Westbalkan und insbesondere auch den Ländern der Östlichen Partnerschaft identifiziert der am Donnerstag einstimmig beschlossene Entschließungsantrag jene Regionen in der EU-Nachbarschaft, in welchen verstärktes Engagement notwendig ist. Unter anderem das Austrittsvotum Großbritanniens macht jedoch deutlich, dass Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik auch wieder stärker innerhalb der EU wirken muss.



Foto: Deutscher Bundestag / Achim Melde

Tierwohl und Antibiotikaresistenzen

Gesundheit von Mensch und Tier im Blick



Foto: picture alliance / photoshot

Die Gesundheit von Mensch und Tier liegt der CSU-Landesgruppe am Herzen – das wurde sowohl in der Aktuellen Stunde am Mittwoch zu den Verhältnissen in Tierställen als auch am Freitag bei der Verabschiedung eines Koalitionsantrags zur Minimierung des Einsatzes von Antibiotika deutlich.

Wenn es den Tieren gut geht, dann geht es auch der Familie gut

„Wenn es den Tieren gut geht, dann geht es auch der Familie gut.“ Für Marlene Mortler, agrarpolitische Sprecherin der CSU-Landesgruppe und selbst Bäuerin, gilt diese Maxime ebenso wie für viele Bäuerinnen und Bauern in Deutschland. Das unterstrich sie in einer Aktuellen Stunde am Mittwoch. Tierschutz-Verstöße müssten selbstverständlich geahndet werden – allerdings dürfe dies nicht zu einer pauschalen Verunglimpfung aller Bäuerinnen und Bauern führen. Die Folge sei eine tiefe Verunsicherung – auch auf Seiten der Verbraucher – und ein Gefühl fehlender Wertschätzung. Sie dankte den Bäuerinnen und Bauern deshalb ausdrücklich für ihre Arbeit.

Antibiotikaeinsatz minimieren und Resistenzen bekämpfen

Die Gesundheit von Mensch und Tier stand auch am Freitag im Zentrum der Debatte: Die Abgeordneten verabschiedeten einen Koalitionsantrag, der Maßnahmen zur Minimierung des Einsatzes von Antibiotika und der Bekämpfung von Resistenzen vorsieht. Denn: Die weltweite Zunahme von Antibiotikaresistenzen stellt eine ernsthafte Gefahr dar. Jeder Einsatz eines Antibiotikums, ob in der Humanmedizin oder in der Tierhaltung, birgt das Risiko von Resistenzbildungen. Zwar ist unbestritten, dass der weitaus größte Anteil daran auf Keime zurückzuführen ist, die im Krankenhaus übertragen werden. Allerdings können auch resistente Keime aus der Tierhaltung zu Problemen bei Menschen führen. Deshalb muss sowohl in der Human- als auch in der Tiermedizin der Einsatz von Antibiotika auf ein Mindestmaß beschränkt werden – dies wurde auch in einem Fachgespräch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Juli letzten Jahres deutlich.

Gemeinsame Lösungen entwickeln

Die Fraktion hat gehandelt: In ihrem Antrag stellt sie ein Maßnahmenpaket vor, das diesen sogenannten „One-Health-Ansatz“ verfolgt. Ziel ist, dass alle Beteiligten zusammenarbeiten und gemeinsame Lösungen entwickeln. Der Schwerpunkt soll noch stärker auf Prävention, Information, Aufklärung sowie Aus- und Weiterbildung liegen. Zudem soll der sachgerechte und passgenaue Einsatz von Antibiotika gezielter in den Vordergrund gerückt sowie die Forschung nach neuen Antibiotika intensiviert werden.



Foto: picture alliance/Bildagentur online

Termine der Woche



Foto: CSU-Landesgruppe



Foto: CSU-Landesgruppe

Beim Termin „MdB trifft THW“ am vergangenen Dienstag im Bundestag: CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt und der Parlamentarische Geschäftsführer Max Straubinger trafen den THW-Landesbeauftragten Fritz-Helge Voß. Beide dankten ihm noch einmal ausdrücklich für das Engagement des Technischen Hilfswerks bei der Flüchtlingshilfe und der Bekämpfung des Hochwassers in Niederbayern und erkundigten sich nach aktuellen Herausforderungen.



Foto: CSU-Landesgruppe

CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt diskutierte am Mittwoch mit Studenten der Ruhr-Universität Bochum über Aufgaben und Ziele der CSU-Landesgruppe. Durch ihre Eigenständigkeit in der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU habe die CSU-Landesgruppe quasi ein Veto-Recht bei allen Entscheidungen, machte Hasselfeldt deutlich.

Impressum

Herausgeber:

Max Straubinger MdB
CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
internet: www.csu-landesgruppe.de

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns

E-Mail: bab@cducsu.de

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.

Foto Editorial: karpf kreativ

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.